



Mehr Geld für Bundesjugendprogramm gegen Rechtsextremismus nötig

Pressemitteilung von Ulla Jelpke, 22. Februar 2007

Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, sieht in den Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Umsetzung des neuen Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus zahlreiche Kritikpunkte bestätigt:

Der Bedarf an lokalen Projekten gegen Rechtsextremismus ist weitaus größer, als von der Bundesregierung vorgesehen. Das belegen die Antworten auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion zum neuen Bundesprogramm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus".

Von 216 örtlichen Projektanträgen können nach Auskunft der Bundesregierung lediglich 90 gefördert werden. Die Zahlen verdeutlichen zudem, dass der Bedarf an entsprechenden Projekten im Westen Deutschlands wesentlich größer ist als geplant. Während in Ostdeutschland 10 Aktionspläne pro Bundesland genehmigt wurden, sind es im Westen nur 3. Die Vielzahl der Anträge aus dem Westen

beweist, dass Rechtsextremismus ein gesamtdeutsches und kein ostdeutsches Problem ist. Hier muss das Programm finanziell deutlich aufgestockt werden.

Ein weiteres Defizit des Bundesjugendprogramms ist die geringe Nutzung vorhandener Kompetenz im Kampf gegen Rechtsextremismus. Nur eine minimale Zahl von Projekten des alten Bundesprogramms wurde in das neue überführt. Hier wird Wissen, Kompetenz und Erfahrung im Kampf gegen die extreme Rechte verschmätzt. Der Entwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezüglich der Mobilien Beratungsteams weist in die gleiche Richtung. Auch hier sollen bewährte Einrichtungen weitgehend aufgegeben werden.

Die Entscheidungsmacht über die Vergabe der Gelder und die Auswahl der lokalen Aktionspläne für das Bundesjugendprogramm liegt ausschließlich bei staatlichen Stellen. Bürgerschaftliche Träger, die wie Gewerkschaften, Kirchen und lokale Initiativen zum Teil seit Jahren kontinuierlich gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv sind, werden so umgangen.